

«Das Signal ist unmissverständlich»

Das Spital Wattwil kommt vors Volk: 8557 Personen haben das Referendum für dessen Erhalt unterzeichnet.

Regula Weik

«Das Kantonsparlament wollte das Volk aussen vor lassen – ganz bewusst», sagt Joel Müller, Vizepräsident der St. Galler SP. Das haben ihm SP, Gewerkschaften und Toggenburger Gruppierungen nun erfolgreich vermisst. Sie haben im Eilzugtempo 8557 Unterschriften gesammelt – mehr als doppelt so viele wie nötig gewesen wären. Müller spricht denn auch von einer eigentlichen «Bürgerbewegung», die entstanden sei. Gegen 80 Leute hätten sich vor dem Start gemeldet und ihre Hilfe beim Sammeln der Unterschriften angeboten – auf der Strasse oder auch im privaten Umfeld. «Es kam etwas ins Rollen», sagt Müller. Und, so der Wattwiler, weiter: «Wir haben viel Dank und Wertschätzung gespürt, dass wir uns für das Toggenburger Spital einsetzen.»

Das Spital Wattwil ist nicht das einzige im Kanton, dem es an den Kragen geht. Anfang Dezember beschloss das Kantonsparlament, die Landspitäler Altstätten, Flawil, Rorschach und Wattwil zu schliessen. In Rorschach wurde gestern Abend der Schlüssel gedreht, das Spital in der Seegemeinde ist Vergangenheit. Das Toggenburg hat sich von Beginn weg vehement und lautstark gegen die Schliessung des Spitals gewehrt. Der Protest gegen die «Abbaupolitik» von Regierung und Parlament hält bis heute an – und das, obwohl das Tal in der Spitalfrage gespalten ist. Das hatte die Debatte im Kantonsparlament gezeigt, und das zeigt auch ein aktueller Schlagabtausch in den Leserbriefspalten.

Weitere Frustrationen oder Auftrag ans Parlament?

Das Sammeln von Unterschriften werde «nur weitere Frustrationen auslösen», hatte da der Lichtensteiger Stadtpräsident und CVP-Kantonsrat Mathias



Mitglieder des Referendumskomitees auf dem Weg zur Übergabe der Unterschriften.

Bild: Michel Canonica (St. Gallen, 29. Januar 2021)

Müller geschrieben. «Denn egal, was abgestimmt wird, es wird sich nichts mehr ändern.» Das Kantonsparlament bestimme die Spitalstandorte abschliessend. Die Befürworter des Toggenburger Landspitals blieben Müller die Antwort nicht schuldig. «Wenn die Bevölkerung dem Referendum zustimmt, dann ist dies ein Auftrag an das Parlament, das Spital Wattwil wieder auf die Spitalliste zu setzen», schrieb wenige Tage später Max Lemmenmeier, Präsident der St. Galler SP.

Müller kennt die Argumente seines Namensvetters aus Lichtensteig und weiterer bürgerlicher Politiker im Tal. Und er weiss auch: Ist das Referendum an der Urne erfolgreich, so heisst das zunächst lediglich, dass die 2014 beschlossenen Bauvorhaben fertig realisiert werden müssen. Der Entscheid des Kantonsparlaments, im Toggenburg kein Spital mehr zu betreiben, ist damit noch nicht aufgehoben.

Müller sagt: «Wer an der Urne Ja zu einem Bauvorhaben sagt, der geht zu Recht auch da-

von aus, dass es auch genutzt wird.» Er zweifelt nicht daran, dass Parlament und Regierung bei einem Volks-Ja auf ihren Entscheid zurückkommen werden. Sie dürften sich kaum ein zweites Mal leichtfertig über den Volkswillen hinwegsetzen, so der Vizepräsident der SP. «Ein derart unmissverständliches Signal der Bevölkerung kann nicht einfach unter den Tisch gekehrt werden.»

Und weiter meint er: «Die letzten 25 Millionen nach einem Erfolg an der Urne zu verbauen

und das Spital dann nicht zu nutzen, wäre unsinnig.» 85 Millionen Franken hatten die St. Galler Stimmberechtigten 2014 für die Sanierung und Erweiterung des Spitals Wattwil genehmigt, 60 Millionen davon sind bereits verbaut. Der Erhalt des Spitals sei für das Toggenburg wirtschaftlich und gesundheitspolitisch lebensnotwendig. «Es wird daher eine Abstimmung über Perspektiven für die Landbevölkerung», sagt Müller, «aber auch gegen den Abbau von Gesundheitswesen und gegen weitere drohende Spitalschliessungen». Denn Wil und Uznach seien keineswegs sicher, auch wenn die beiden Standorte von den aktuellen Schliessungen nicht betroffen seien.

Vorbereitungen für den Abstimmungskampf laufen

«Volksentscheide müssten aus staatspolitischen Gründen durch das Volk geändert werden – und nur durch das Volk», hatte der Wattwiler Gemeindepräsident Alois Gunzenreiner beim Start der Unterschriftensammlung festgehalten. Er ist denn auch zufrieden, dass «der Souverän nun nochmals einen Entscheid fällen kann».

Das Spital stärke die Region Toggenburg, sagt Barbara Gysi, SP-Nationalrätin und Präsidentin des kantonalen Gewerkschaftsbundes. Es biete Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Arbeitsplätze. Es vererbe dem lokalen Gewerbe Aufträge und sei so ein wichtiger Teil der regionalen Volkswirtschaft. «Und es ist ein wichtiger Pluspunkt für die strukturschwache Region im Standortwettbewerb.»

Mit der Einreichung der Unterschriften am Freitagmorgen geht die Arbeit für das Referendumskomitee aufs Neue los: Es steckt bereits in den Vorbereitungen für den Abstimmungskampf. Die St. Galler Stimmberechtigten dürften im Juni an die Urne gerufen werden.

Masken: Kein Strafverfahren gegen Kölliker

Rechtsverfahren Als Präsident des Bildungsrates hat der Vorsteher des Bildungsdepartementes, Regierungsrat Stefan Kölliker, Anfang November 2020 die «Weisungen zum Unterricht in der Volksschule während der Covid-19-Epidemie» erlassen. Darin ist eine Maskenpflicht für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen der Sekundarstufe I vorgesehen. Eine Lehrperson und mehrere Eltern haben daraufhin Strafanzeige gegen Stefan Kölliker eingereicht, wie die Rechtspflegekommission des Kantons St. Gallen in einer Mitteilung schreibt. Die Personen sind laut Communiqué der Meinung, die Maskenpflicht verstosse gegen die Menschenrechte, die UNO-Kinderrechtskonvention und die Genfer Konvention.

Da sich die Strafanzeige gegen ein Regierungsmitglied – also eine Magistratsperson – richtet, kann das zuständige Untersuchungsamt erst dann ein Strafverfahren eröffnen, wenn der Kantonsrat die Ermächtigung dafür erteilt. Für den Kantonsrat handelt die Rechtspflegekommission. Diese hat sich mit den Strafanzeigen befasst. Die Rechtspflegekommission sieht keine konkreten Anhaltspunkte für strafbares Verhalten von Stefan Kölliker bei der Amtsführung.

Die Ermächtigung zur Eröffnung eines Strafverfahrens gegen Kölliker wurde deshalb verweigert. Da der Beschluss ohne Gegenstimme erfolgte, entfällt ein Entscheid des Kantonsrates. (mlb)

Noch mehr Geld von Nationalbank

Finanzen Bereits Anfang Januar wurden die trüben St. Galler Finanzaussichten etwas aufgehellt. Die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank an die Kantone fiel doppelt so gross aus wie im kantonalen Budget vorgesehen. Statt 80 Millionen sollte St. Gallen 160 Millionen erhalten. Nun wartet die Nationalbank erneut mit Good News auf: Statt insgesamt 4 Milliarden Franken schüttet sie 6 Milliarden an die Kantone aus. Der Kanton St. Gallen erhält anteilmässig 240 Millionen Franken. Geld, das der Kanton gut gebrauchen kann, um das Coronaloach zu stopfen. Finanzchef Marc Mächler ist denn auch erfreut: «Das Geld kommt genau zum richtigen Zeitpunkt.» Es stehe finanziell ein schwieriges Jahr an, ergänzt er. Der neue Finanzplan sieht für das laufende Jahr ein Minus von 243 Millionen Franken vor. Für die kommenden drei Jahre werden operative Defizite von 221, 186 und 159 Millionen Franken erwartet.

Der Geldsegen gründet auf einer neuen Vereinbarung zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement und der Nationalbank, welche die maximale Ausschüttung von 4 auf 6 Milliarden erhöht. Diese neue Regelung gilt auch rückwirkend für das Jahr 2020. (nh)

lü

Waschbären und Bäcker sind unerwünscht

Am 7. März wird über die Initiative für ein Verhüllungsverbot abgestimmt. Auch im Kanton St. Gallen hat sich ein überparteiliches Abstimmungskomitee gebildet, das der Initiative zum Durchbruch verhelfen will. Nebst bekannten Namen findet sich einer, den niemand kennt: Nationalrat Maik Egger. Oder verhüllt sich da jemand?

Dieser Tage war in der Umgebung der KVA nächtliches Wolfsgeheul zu hören. Mehrstimmig, wie glaubhaft versichert wird. Die kantonale Jagdverwaltung dementiert jedoch, dass ein Wolfsrudel in der Gegend unterwegs ist. Vielmehr dürfte es sich um Thurgauer handeln, die frustriert sind, dass die Sitzungen

des Kantonsrates jetzt auch noch live im Internet übertragen werden.

Ein Waschbär habe in seinem Treppenhaus eine Riesensauerei angerichtet, klagt ein Mann aus Wasserauen. Altes Brot habe er ihm geklaut und Weinflaschen umgeworfen. Zur Strafe wurde das Tier eingefangen und standrechtlich erschossen. Dabei hatte ja vielleicht nur der Wein Zapfen.

Neun Mitglieder der erweiterten Geschäftsleitung des Ausserrhodener Spitalverbundes Svar haben sich gegen Corona impfen lassen – ohne dass sie an der Reihe gewesen wären. Natürlich war – wie schon beim Bürgermeister von Feldkirch – überzähliger

Impfstoff vorhanden, der sonst kaputtgegangen wäre. Überzählige Impfwillige, die zu einer Risikogruppe gehören, gab es auch. Aber wenn sie nicht zur Svar-Geschäftsleitung gehören, sind die selber schuld.

Bis zu 80 Anrufe hat der Gossauer Chef Strassenunterhalt entgegengenommen. Pro Tag – und die meisten Anrufer haben ihn erst noch beschimpft. Weil zu wenig, zu langsam oder am falschen Ort Schnee geräumt wurde. Es ist offensichtlich: In Gossau hat man aus dem Maskendebakel vom Frühling nichts gelernt. Schneepflüge muss man kaufen, und Schneeschaufler muss man einstellen, wenn kein Schnee liegt. Auf Vorrat

eben, denn etwa alle 20 Jahre kommt er. Gossau kann sich das leisten.

Eigentlich wollte die Kuhn Back & Gastro AG in Brunnadern ein neues Produktionsgebäude bauen. Dort also, wo die Firma seit mehr als 130 Jahren ansässig ist. Daraus wird nun aber nichts. Anwohner der Gewerbestrasse haben sich so lange gegen den Neubau gewehrt, bis die Bäcker aufgaben. Jetzt suchen sie einen neuen Standort. Brunnadern wird den Abgang von 50 Arbeits- und Ausbildungsplätzen verschmerzen. Ist doch das Neckertal mit Industrie- und Gewerbebetrieben vollgepfastert wie kaum eine andere Region in der Ostschweiz.

Weinfeldern ist ein kantonaler Hotspot. Nicht wegen der Ansteckungszahlen, sondern wegen Massnahmekritikern, die sich dort wöchentlich für einen Lichtermarsch im Zentrum treffen. Die Teilnehmer spazieren eine Stunde lang durch Weinfeldern und verteilen Flyer. In der Hand tragen sie eine Kerze. Damit sie ein Licht dabei haben, wenn ihnen Corona das Lebenslicht doch ausbläst.



Silvan Luchinger
ostschweiz@tagblatt.ch